



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (vom 10. November bis 16. November)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Reichs Spiegel

(vom 10. November bis 16. November)

Bank, Geld und Wirtschaft

Die Verluste der Börse in Folge des Balkankrieges — Friedenshoffnungen und Optimismus — Die Geldsteuerung und die Konjunktur — Kapitalbedarf der Industrie — Das Postschekgesetz — Die Präsidentenwahl in Amerika und ihre wirtschaftlichen Folgen

Die erfreuliche Nachricht, daß die Türkei um einen Waffenstillstand nachgesucht hat, der wohl als Einleitung der Friedensverhandlungen zu betrachten ist, hat die Überzeugung befestigt, daß das Ende der Balkanwirren bevorsteht. Nachdem die Gefahr eines offenen Konfliktes zwischen Osterreich und Serbien, die einen Augenblick lang nahe genug gerückt schien, als beseitigt anzusehen ist, herrscht die ungeteilteste Befriedigung darüber, daß es gelungen ist, jenen gefährlichen Brand auf seinen Herd zu beschränken und sein Übergreifen auf die Großstaaten zu verhindern. Obwohl nun noch längst nicht alle Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt sind, betrachtet doch die Börse die Angelegenheit als praktisch erledigt und hat sich beeilt, dieser Auffassung durch eine kräftige Erhöhung des Kursniveaus Ausdruck zu verleihen. Das mag etwas vorschneil erscheinen und die nächsten Tage werden uns darüber belehren, ob nicht wieder etwas Wasser in den Wein der freudigen Hoffnungen getan werden muß. Ohne über eine friedliche Erledigung der schwierigen Fragen pessimistisch zu denken, wird man annehmen dürfen, daß im Laufe der diplomatischen Verhandlungen sich noch kritische Augenblicke einstellen werden, in denen der Börse weniger behaglich zumute sein wird als heute. Aber gleichviel, ob uns nun die nächsten Tage noch mehr oder weniger erhebliche Kursschwankungen bringen werden, soviel ist wohl sicher, daß die Episode des Balkankrieges in ihrer unmittelbaren Wirkung auf die Effektenbörsen als abgeschlossen gelten kann und daß es daher möglich ist, heute schon einen Rückblick auf diese bewegte Zeit zu werfen. Die kritische Periode umfaßt genau den Monat Oktober; aus einem Vergleich der Kurse am Ende September mit denen Ende Oktober läßt sich daher ziemlich genau erkennen, was für Einbußen und Verluste diese verhältnismäßig kurze Spanne Zeit verursacht hat. Der Kurswert der Effekten, welche an der Berliner Börse gehandelt werden, ist Ende Oktober derart gesunken, daß man über zwei Jahre zurückgehen muß, um ein gleiches Niveau zu finden. Mit den Septembekursen verglichen, berechnet sich der Minderwert der Papiere des Berliner Kurszettels auf nicht weniger als zwei Milliarden Mark. Natürlich handelt es sich dabei nur zum allergeringsten Teil um realisierte Verluste, da die Berechnung das gesamte emittierte Kapital erfaßt. Aber ob

realisiert oder nicht, jedenfalls liegt zunächst eine Entwertung vor, die sich auch dem solidesten Effektenbesitzer fühlbar machen muß. Sind doch gerade auch die Rentenwerte äußerst empfindlich von dem Kursrückgang betroffen worden. Die deutschen Staatsanleihen haben, obwohl von den politischen Ereignissen direkt nicht berührt, allein 0,71 Prozent durchschnittlich eingebüßt. Aber auch die direkten Verluste sind außergewöhnlich hohe gewesen. Sie lassen sich natürlich nur schätzungsweise angeben. Man kann aber aus dem starken Minderbedarf bei der Monatsregulierung den Schluß ziehen, daß allein bei den Ultimopapieren die Verluste sich auf etwa 50 Millionen Mark belaufen haben. Dazu treten dann die wahrscheinlich nicht geringfügigeren Einbußen an den Kassawerten, so daß man hinter der Wahrheit eher zurückbleibt, wenn man den effektiven Verlust der Berliner Börse auf 100 Millionen Mark schätzt. Das ist eine gewaltige Ziffer und es ist erstaunlich, daß bei so enormen Verlusten nicht in weit größerem Umfang Zahlungseinstellungen vorgekommen sind. Freilich hat man alles getan, um der Schwierigkeit Herr zu werden; es mag sich manches schwach gedeckte Konto jetzt in den Büchern der Banken finden, das in der Hoffnung auf bessere Zeiten durchgehalten und nicht der börsenmäßigen Exekution überliefert wurde. Aber jedenfalls ist der Beweis erbracht, daß der Markt auch einer so schweren Erschütterung standzuhalten vermochte, daß mithin von einer die Grenzen der Leistungsfähigkeit übersteigenden Über speculation nicht wohl geredet werden konnte.

Es erhebt sich nun die Frage, ob nach einer Klärung der politischen Verhältnisse die Börse mit einiger Berechtigung auf eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand rechnen darf.

Die verschiedenen Anläufe, welche gemacht wurden, bei der geringsten Aussicht auf Besserung, das Kursniveau nach oben zu revidieren, lassen darauf schließen, daß man in dieser Hinsicht sehr optimistisch denkt. Hat doch nicht einmal die inzwischen erfolgte Erhöhung des Reichsbankfußes irgendeine abschreckende Wirkung ausgeübt! Trotz eines Diskontes von 6 Prozent hält man es für richtig, die Kurse der Industriewerte energisch zu steigern. Um volle 10 Prozent sind die hauptsächlichsten Montanaktien binnen weniger Tage in die Höhe geschneilt! Demgegenüber muß mit aller Entschiedenheit darauf hingewiesen werden, daß nach der gegenwärtigen Lage des Geldmarktes ein Mißverhältnis zwischen Zinsfuß und Aktienrente besteht, welches früher oder später eine energische Korrektur erheischt. Der Durchschnittskurs der an der Berliner Börse gehandelten Montanaktien belief sich Ende Oktober auf 192,45 Prozent gegen 208,34 Prozent Ende September. Trotz dieser bedeutenden Kursermäßigung gewährten diese Papiere Ende Oktober nur eine Verzinsung von 5,6 Prozent auf das investierte Kapital. Durch die in der ersten Hälfte des November eingetretene starke Kurssteigerung ist dieses Erträgnis noch kleiner geworden. Eine solche Verzinsung einer starken Kursschwankungen unterworfenen Aktie ist, wie hier schon des öfteren betont worden ist, auch bei einem normalen Stand des Zinsfußes ungenügend, sie ist aber vollkommen anormal, wenn der Reichsbankdiskont auf 6 Prozent steht und die allgemeinen Verhältnisse darauf hindeuten, daß mit einer längeren Periode teuren Geldes gerechnet werden muß.

Dieses letztere ist nun aber gegenwärtig durchaus der Fall. Das Anziehen der Geldsäge, das freilich durch die Kriegsläufe begünstigt worden ist, stellt sich

als eine durchaus internationale Erscheinung dar. Wohin wir blicken, haben die Zentralnotenbanken ihre Sätze erhöht und das scharfe Steigen der Devisenkurse beweist, daß der bei solcher Gestaltung der Geldverhältnisse übliche Kampf um das Gold lebhaft eingesetzt hat. Es kann auch gar kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Geldteuerung eine Folge der äußerst lebhaften industriellen Konjunktur ist, welche rundum, wo nur auf dem Erdball die Essen rauchen, gegenwärtig das Zepter führt. In allen industriellen Ländern sehen wir eine auf das äußerste angespannte Produktion im Bergbau, wie im Eisen- und Stahlgewerbe. Allenthalben begegnen wir daher auch den gleichen Erscheinungen: steigende Preise, Erweiterung des Produktionsapparates, Überlastung der Verkehrsmittel, dringenden Kapitalbedarf. Für Deutschland geht dieser Kapitalbedarf der Industrie deutlich aus dem Mehrbetrag der Neuinvestitionen bei den Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung hervor. In den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres ist die Summe des in Neugründungen und Erhöhungen angelegten Kapitals auf rund 130 Millionen angewachsen gegen 68 Millionen im Vorjahr. Nur das Jahr 1906, also das Jahr der letzten Hochkonjunktur, hatte noch eine höhere Ziffer aufzuweisen: 204 Millionen. Dabei hat sich bekanntlich die Industrie infolge der Kreditbeschränkungen im Laufe des Sommers besondere Beschränkungen auferlegen müssen und ist auch in den Herbstmonaten durch die politischen Schwierigkeiten vielfach in der Durchführung ihrer Pläne gestört worden. Es ist also ganz offenbar, daß die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse eine ganz parallele Entwicklung zu denen des Jahres 1906 aufweisen. Der starke, durch die Konjunktur bedingte Geldbedarf der Industrie läßt sich nur mit geringem Erfolg zurückdämmen, denn man kann das in vollem Gang befindliche Schwungrad nicht plötzlich zum Stillstand bringen. Weil aber die Entwicklung einen so gleichartigen Verlauf nimmt, ist es lehrreich, sich die Etappen des damaligen Aufstieges und Zusammenbruches vor Augen zu halten, um nicht wieder von den Ereignissen überrascht zu werden.

Allerdings darf man nicht übersehen: wir sind heute in unserer Geld- und Bankorganisation besser gerüstet als vor sechs Jahren. Wir haben durch die schmerzliche Krisis gelernt und manche Mängel abgestellt. Dies gilt insbesondere von der Pflege des bargeldlosen Zahlungsausgleichs. Der jetzt vorgelegte Entwurf des Postscheckgesetzes bringt dies zur rechten Zeit in Erinnerung. Der Postscheckverkehr war von der Regierung zunächst als ein Provisorium, als ein Versuch, nicht ohne gewichtige Bedenken und zum Teil gegen eine lebhafte Opposition eingeführt. Die Regelung war auch insofern nicht ganz glücklich, als ein seltsam verklauuliertes und unbegreiflich schwerfälliges Gebührenwesen die Wirksamkeit der Einrichtung hemmte. Trotzdem ist die in dem dreijährigen Zeitraum eingetretene Entwicklung dieses neuen Überweisungsverkehrs eine wahrhaft glänzende gewesen. Am Ende des ersten Jahres bestanden etwa dreiundvierzigtausend Konten; diese haben sich bis heute mehr als verdoppelt; die Monatsumsätze belaufen sich auf annähernd 3 Milliarden, die Guthaben der Kontoinhaber auf beinahe 150 Millionen.

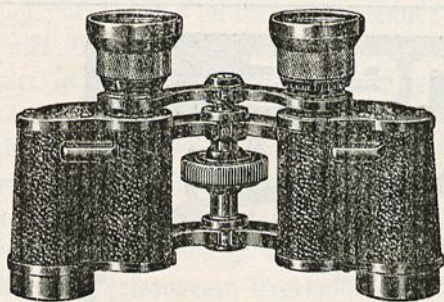
Runmehr will das Postscheckgesetz die Einrichtung zu einer dauernden gestalten und die Mängel der ursprünglichen Einrichtung abstellen. Die Gebührensätze werden vereinheitlicht und ermäßigt, die besonders ansehbare Strafgebühr

für lebhaftere Umsätze auf dem Konto kommt in Wegfall, der so naheliegende Gedanke, die Gebühren durch Freimarken statt durch lästige Buchungen zu erheben, wird in Wirksamkeit umgesetzt, und endlich werden die Pflichtguthaben der Kontoinhaber auf die Hälfte, nämlich auf 50 Mark ermäßigt.

Alle diese Vorschläge verdienen uneingeschränkter Beifall. Es darf mit Sicherheit erwartet werden, daß im Laufe weniger Jahre der Postcheckverkehr sich zur weitaus wichtigsten Einrichtung des Zahlungswesens ausbilden wird, weil er auf viel breiterer Grundlage beruht, als der Giroverkehr der Reichsbank und der Abrechnungsverkehr der Banken. So dürfen wir hoffen, daß mit seiner Hilfe es allmählich gelingen wird, dem Grundübel unseres Geldwesens, dem zu starken Bargeldumlauf zu steuern.

Die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten hat den Demokraten Wilson an das Ruder gebracht. Damit wird aller Wahrscheinlichkeit nach ein Umschwung in der Wirtschaftspolitik Amerikas eingeleitet, der, wenn er auch zunächst noch unsicher und seinem Umfange nach unbestimmt sein mag, doch für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Union und der nach Amerika importierenden Länder, vor allem also auch Deutschland, große Bedeutung gewinnen kann. Es handelt sich zunächst um eine Änderung in der Tarifpolitik. Das Hochschutzzollsystem der Republikaner weicht jetzt dem Programm der Demokraten, welche nur Fiskalzölle wollen. Indessen wird man kaum auf eine sofortige grundstürzende Änderung rechnen können. Zölle von so exorbitanter Höhe, wie sie Amerika eingeführt hat, lassen sich nicht durch einen Federstrich beseitigen, ohne das ganze Wirtschaftsleben der Gefahr der Zerstörung auszusetzen. Nur ein all-

Busch Prismen- Binokel



sind als

erstklassig

weltbekannt.

Bei allen Optikern vorrätig.

Kataloge kostenlos durch

Emil Busch, A.-G., Rathenow
Optische Industrie.

Gegründet 1800.

Gegründet 1800.

mäßlicher Abbau kann in Frage kommen. Aber es werden doch wohl Ermäßigungen, namentlich für die Textilindustrie sowie für die Eisen- und Stahlindustrie, eintreten, die eine bedeutende Rückwirkung auf unseren Export ausüben können, nicht sowohl in Zeiten einer Hochkonjunktur, in der diesseits wie jenseits des Ozeans die Werke der Nachfrage nicht gerecht werden können, als in den kommenden Zeiten einer wirtschaftlichen Depression. Im Hintergrunde warten des Präsidenten aber auch noch andere wirtschaftliche Aufgaben von kaum minderer Bedeutung. Die Trustfrage, deren Lösung Roosevelt wie Taft mißlungen ist, verlangt einen Angriff von anderer Seite, nämlich von der einer Revision des Aktienrechts. Nur auf diese Weise dürfte es gelingen, der Willkürherrschaft der Finanzmagnaten in den Kapitalgesellschaften die Spitze zu bieten. Und endlich harret auch noch die Organisation des Bankwesens einer Neuordnung. Von allen Kulturstaaten besitzt Amerika die verfehlteste Bankverfassung. Sie ist so eingerichtet, daß sie gerade dann versagen muß, wenn die kritisch gewordenen Verhältnisse auf dem Geldmarkte und im Wirtschaftsleben die Unterstützung durch eine leistungsfähige Zentralnotenbank dringend erfordern. Die fürchterliche Geldkrise des Jahres 1907 hat einen für Amerika selbst sehr schmerzlichen Beweis von der Unzulänglichkeit der dortigen Bankverfassung geliefert. Gleichwohl ist es bisher nicht gelungen, das Projekt einer Zentralnotenbank auf gesunder Grundlage durchzusetzen. Möge dem neuen Präsidenten ein besserer Erfolg beschieden sein. Bei der bekannten Solidarität der Geldmärkte der Welt haben auch wir das dringendste Interesse daran, daß jenes für die Weltherrschaft so wichtige Zentrum seine Bankverfassung derart regelt, daß nicht durch ein Versagen derselben Europa wie im Jahre 1907 mit in den Strudel gerissen wird.

Spectator

Verantwortlich: der Herausgeber George Clekno in Schöneberg. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An den Herausgeber der Grenzboten in Friedenau bei Berlin, Gehwiggstr. 1a,
Fernsprecher der Schriftleitung: Amt Umland 8630, des Verlags: Amt Nügow 6510.

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 86/87.

Wagners
Saar-Riesling

Deutschlands vornehmster
Schaumwein

Hergestellt aus feinsten Qualitätsweinen der Saar

Frei von Liqueur und Cognac

Zentral-Verkaufsstelle Berlin W. 30, Luitpoldstrasse 18.